Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2470**

15. Wahlperiode 11. 02. 2004

Antrag

der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Sibylle Laurischk, Joachim Günther (Plauen), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Otto Fricke, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Rainer Stinner, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Gesamtverkehrskonzept Südbaden – Bündelung von Schiene und Straße im Rheingraben

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vor dem Hintergrund des zusammenwachsenden Europas werden leistungsfähige Verkehrswege immer wichtiger. Mehr Verkehr bedeutet aber auch Beeinträchtigung der Anwohner durch Lärm, Flächenverbrauch und gegebenenfalls auch Eingriffe in das Eigentumsrecht. Um die Akzeptanz dieser Eingriffe zu erhöhen, wird es in Zukunft mehr und mehr darauf ankommen, mit integrierten Lösungsansätzen bei der Verkehrswegeplanung zu antworten. Vor allem im Rheingraben ist durch die wichtigen Nord/Süd-Achsen, die Bundesautobahn A 5 und die Schienenstrecke von Karlsruhe nach Basel ein gesamtheitlicher Ansatz notwendig. Dies gilt vor allen Dingen da, wo die Ausläufer des Schwarzwaldes die Nutzung der frei verfügbaren Verkehrsfläche entsprechend einschränken.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

in Abstimmung mit der Landesregierung Baden Württemberg und dem Eisenbahnbundesamt Folgendes umzusetzen:

a) Die an der Bundesautobahn A 3 in Verbindung mit der ICE-Neubaustrecke Köln-Rhein/Main vorgenommene Bündelung der Verkehrswege, die sich auch an der Bundesautobahn A 9 der ICE-Strecke von München nach Nürnberg in der Planung durchgesetzt hat, auch für die Bundesautobahn A 5 und die Aus- und Neubaustrecke der Schiene von Karlsruhe nach Basel anzuwenden. Dies gilt vor allem in den Bereichen Offenburg, Lahr, Herbolzheim und Kenzingen. Beispielhaft sollte hier die bereits jetzt vorgesehene Bündelung zwischen Schiene und Straße im Raum Freiburg/Breisgau dienen, die zwischen Riegel und Mengen genau diesen Ansatz umsetzt. Mit der Bündelung der Verkehrstrassen wäre es weiterhin möglich, sowohl den Flugplatz Lahr/Baden als auch den Freizeitpark Rust mit der Schiene anzubinden.

b) In Bad Krozingen ist in Erweiterung der Planung zur Erhaltung des Zusatzes „Bad“ eine Tunnellösung gegenüber der jetzigen Lärmschutzlösung alternativ zu untersuchen.

c) Soweit die Bundesautobahn A 5 noch nicht durchgehend bis zur Schweizer Grenze mit Planungsrecht vorgesehen ist, muss dies im jetzt beginnenden Bundesverkehrswegeplan noch umgesetzt werden, um die Gleichzeitigkeit der Planung zwischen Schiene und Straße nicht zu gefährden.

d) Da durch die derzeit nicht fließenden Maut-Einnahmen sowohl die Ausbaumaßnahmen an der Bundesautobahn A 5 als auch an der Neubaustrecke Karlsruhe–Basel – zumindest für einige Zeit – aufgeschoben sind, wäre eine grundsätzliche Planung vor dem Hintergrund der Bündelung der Verkehrswege ohne Beeinträchtigung des Bauzeitraumes möglich.

Berlin, den 10. Februar 2004

Horst Friedrich (Bayreuth)
Sibylle Laurischk
Joachim Günther (Plauen)
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Otto Fricke
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Guttmacher
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Rainer Stinner
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333